

Anmerkungen zu den jüngsten Diskussionen um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und das »Haus der Erinnerung«

von Günter Morsch

Die Empfehlungen der Enquête-Kommission

In vielen Anhörungen haben die Gedenkstätten in den letzten zehn Jahren seit der deutschen Einheit oft gegessen und man sollte meinen, es sei alles gesagt worden. Die Enquête-Kommission unter dem Vorsitz von Rainer Eppelmann und Siegfried Vergin hat in mehreren Anhörungen zusammengenommen Hunderte von Opfern, Opferverbänden und Experten angehört und eine insgesamt bewundernswerte Arbeit geleistet.

Der Schlußbericht liegt erst seit einem dreiviertel Jahr vor und schon kann man den Eindruck haben, all das jahrelange Ringen um einen außerordentlich schwierigen Gegenstand sei fast schon in Vergessenheit geraten. Als jemand, der immer noch an das Webersche Politik-Ideal vom Bohren dicker Bretter glaubt, ist man verwundert. Leider hat es sich immer mehr durchgesetzt, daß es für die Beteiligung am Diskurs um die Bewertung der nationalsozialistischen Diktatur anscheinend weniger auf historisches Wissen und Kenntnisse als auf introvertierte Betroffenheit ankommt. Das wirklich Sensationelle, nämlich daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein weitgehend von allen demokratischen Parteien, Institutionen und Verbänden gemeinsam getragenes Konzept deutscher Erinnerungskultur erarbeitet wurde, droht unverdienterweise in den Hintergrund zu rücken. Dabei hatte die neue Bundesregierung sowohl in ihrer Koalitionsvereinbarung als auch in der Regierungserklärung des Kanzlers sich dankbarerweise klar und eindeutig für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquête-Kommission ausgesprochen.

Ich will die in unserem Zusammenhang zwei wichtigsten Empfehlungen wiederholen: 1. Die dezentrale Erinnerungskultur hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. Ein Holocaust-Museum wird daher abgelehnt. 2. Es gilt den Transformationswandel der Gedenkstätten von bloßen Orten der Trauer und des Gedenkens zu Orten zeit-historischer Museen und aktiven Lernens zu befördern. In meiner Wahrnehmung bedeutet die vorgeschlagene Eisenmann III-Lösung das genaue Gegenteil. Es geht weniger um eine Entscheidung über 15 Millionen oder 150 Millionen; es geht um die Entscheidung um den zukünftig einzuschlagenden Weg deutscher Erinnerungskultur. Wir stehen an einem Scheideweg.

Der künstlich authentische Ort

Bei einem Besuch in Krakau im vergangenen Jahr kam ich auch in das ehemalige Jüdische Viertel der Stadt, aus dem die Deutschen zuerst fast ausnahmslos alle Bewohner zu ihrer Ermordung deportiert und anschließend Wohnhäuser und Synagogen völlig abgerissen hatten. Man hat versucht, das Viertel wiederaufzubauen, auch mit einem jüdischen Restaurant, in dem ein polnischer Wirt amerikanischen Touristen »gefüllten Fisch« serviert. An einem Haus gegenüber der wiederaufgebauten Synagoge

befindet sich ein Schild, wo sogenannte »Schindler-Tours« angeboten werden. Mit einem Bus fahren die Touristen nicht etwa zu dem authentischen Ort des nahegelegenen Arbeits- und Konzentrationslagers Plaszow, sondern zur künstlich von Spielberg errichteten Filmkulisse. Derweil verrottet die Villa des Kommandanten Amon Göth, und in den baulichen Überresten eines der schrecklichsten Lager wird wild Müll abgelagert.

Es geht nicht nur darum, diese zutiefst verunsichernde Realität als Vision künstlicher authentischer Orte zu beschwören, sondern darum, auf einen in allen bisherigen Gesellschaften, in Ost und West, im Umgang mit den Orten des Schreckens angelegten, häufig unbewußten Entscheidungsmechanismus hinzuweisen: Geraten Mahnmale und Museen in die Konkurrenz zu den authentischen Orten, dann ist die Gesellschaft in der Versuchung, die Manifestation gegenwärtiger, zeitgenössischer Interpretation von Geschichte für wichtiger zu erachten als den Schutz der originalen Relikte an den Orten, die zwangsläufig immer neuer Interpretationsanstrengungen bedürfen. Vor diese Wahl gestellt, hat man sich in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der DDR bisher immer wieder gegen das ständige und unbequeme Bemühen um den Erhalt der Relikte und die damit zwangsläufig verbundene interpretative Offenheit von Geschichtsdeutungen entschieden. Vermeiden wir also diese Zwangssituation, in die wir m.E. erst in vollem Umfang durch den sogenannten Eisenmann III-Entwurf hineingeraten sind.

Der »Holocaust« – eine Metatheorie

Der »Holocaust« ist schon seit langem keinesfalls mehr allein eine Bezeichnung für den Völkermord an den Juden, sondern der Begriff steht für den Versuch einer übergreifenden Geschichtsinterpretation des Nationalsozialismus, dessen unterschiedliche Verbrechenskomplexe sich unter einem Kausalzusammenhang bündeln ließen. Es geht also nicht mehr um die durchaus begründbare Singularität des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden, sondern mehr noch um eine historische, philosophische, anthropologische und kulturelle Metatheorie. Der beste Beleg dafür ist das Konzept der Initiative des Holocaust-Museums, in dem die verschiedenen historischen Wurzeln und Ursachenzusammenhänge für unterschiedliche Phänomene, von der Verfolgung politischer Gegner, über den Rassenmord an den Juden bis hin zu den Lagern in Serbien, unter einen Begriff gebracht werden, den des Holocaust. Auch hier hat die Enquête-Kommission zu Recht vor allzu schnellen Vergleichen und Gleichsetzungen gerade in Deutschland gewarnt, wo die wissenschaftlich legitime Methode des historischen Vergleichs schnell als politische Instrumentalisierung und historische Relativierung mißverstanden werden kann.

Der so verstandene »Holocaust« ist eine spezifische, zeitgenössische Theorie wie andere Theorien, etwa die Faschismus-Theorie der DDR oder die Totalitarismus-Theorie des Westens, auch. Sie entspricht in erster Linie dem Empfinden der überlebenden Juden, die nach Israel und in die USA dem Völkermord entkamen und vor allem der dort lebenden zweiten und dritten Generation. Das nationalsozialistische Programm der »Endlösung« kann aus der Sicht der Opfer kaum anders als das konsequente Ergebnis jahrhundertelangen Judenhasses, eines »ewigen Antisemitismus«, empfunden

werden. Es ist daher kein Zufall, daß etwa im Holocaust-Museum in Washington die Täter und ihre Motive sowie die komplexen Quellen nationalsozialistischer Politik fast vollkommen ausgeblendet werden. Daher wird im sogenannten Eisenmann III-Entwurf die gelegentlich kritisierte Hierarchisierung der Opfer im Museum nicht, wie von vielen gewünscht, aufgehoben, viel schlimmer: Die Metatheorie des »Holocaust« wölbt sich ikonographisch dominierend über die museale Darstellung des Schicksals der anderen Opfer, die erst durch diese symbolische Überformung zu Opfern zweiter Klasse werden könnten.

Museale Integration, nicht Segregation der NS-Diktatur

In Deutschland aber muß es darum gehen, die braune Diktatur nicht als Katastrophe oder Zivilisationsbruch außerhalb der langen Wellen von Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Geschichte zu isolieren, nach der Devise: Es gab gute Phasen der deutschen Geschichte, und es gab böse Phasen der deutschen Geschichte. Zwei Konzepte scheinen mir daher in Deutschland angemessen zu sein: Zum einen die Darstellung des Nationalsozialismus am Ort des Geschehens, in der die Nachbarschaft von Tat, Täter und Tatort und damit die gesamtgesellschaftliche Verantwortung sinnfällig wird.

Zum zweiten die museale Integration in den Gesamtzusammenhang deutscher Geschichte, damit der Nationalsozialismus nicht zur isolierten Phase stilisiert werden kann, die mit ein paar Filmchen und ein paar inszenierten Kriegstrümmern vor dem Hintergrund der Hunderte von Jahren deutscher Geschichte auf eine Marginalie von bloß zwölf Jahren, einen Betriebsunfall, zusammenschmilzt. Das aber ist die schwierige, noch zu leistende Aufgabe aller historischer Museen in Deutschland, vom Heimatmuseum bis zum Deutschen Historischen Museum.

Die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur ernsthaft als Bestandteil deutscher Geschichte anzunehmen, heißt also, sie zu integrieren, entweder am authentischen Ort oder eingebettet in eine breite museale Darstellung der ganzen deutschen Geschichte, um nach Kontinuitäten zu fragen, die die Verbrechen in den Jahren 1933 bis 1945 ermöglichten oder solchen, die in unsere Gegenwart hinein wirken. Integration nicht Segregation.

Ein »Haus der Erinnerung«?

Sollte aber eine Variante angestrebt werden, bei der das bloße Mahnmal um ein Haus der Erinnerung ergänzt wird, so wären m.E. zwei Dinge zu vermeiden: Zum einen kann das Haus der Erinnerung nicht die Interpretation eines Kunstwerkes liefern, das per Definition den Anspruch ikonographischer Selbsterklärbarkeit nicht preisgeben darf. Zum zweiten sollte ein solches Haus aus den erwähnten Gründen nicht versuchen, Darstellungen des Schicksals anderer Opfergruppen per diskriminierendem Hucklepackverfahren unterzubringen. Ein Haus der Erinnerung könnte vielmehr die von vielen positiv bewertete Bus-Stop-Idee aufgreifen und die Verweise auf die Gedenkstätten an den authentischen Orten für die Besucherinnen und Besucher des Holocaust-Mahnmals in eine sinnvolle didaktisch-pädagogische Textur deutscher Erinnerungskultur einfügen.

*Dr. Günter Morsch ist
Direktor der Stiftung
Brandenburgische
Gedenkstätten und
Leiter der Gedenkstätte
und Museum Sachsen-
hausen.*